

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 71 (1998)

Heft: 1

Artikel: Globale und regionale Konfliktszenarien : Auswirkungen auf Europa

Autor: Apfelknab, Egbert / Dürig, Walter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-520081>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Globale und regionale Konfliktszenarien

Auswirkungen auf Europa

Im Sommer 1989 verkündete der stellvertretende Direktor des Planungsstabes im US-Aussenministerium, Francis Fukuyama, unüberhörbar das «Ende der Geschichte». Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems im Osten glaubten viele, es würden sich endgültig die westlichen, liberal-demokratischen Werte durchsetzen.

Der Golfkrieg II und die anschliessenden blutigen Auseinandersetzungen auf dem Balkan sowie in Teilen der ehemaligen Sowjetunion haben dem Traum vom Beginn eines friedvolleren Zeitalters ein jähes Ende bereitet. Anstelle des Kalten Krieges zwischen zwei grossen Machtblöcken trat eine Vielzahl an bewaffneten, regional begrenzten Konflikten - besonders in den Gebieten der alten UdSSR und Ex-Jugoslawiens.

Wie fast allen Konflikten, liegen auch diesen mehrere Ursachen zugrunde. Zumeist ist es die missliche wirtschaftliche und soziale Situation, die Anlass gibt, zu den Waffen zu greifen, um so im Ringen um Machtpositionen Land und Bürger in ein noch grösseres Chaos zu stürzen.

Neue Risiken

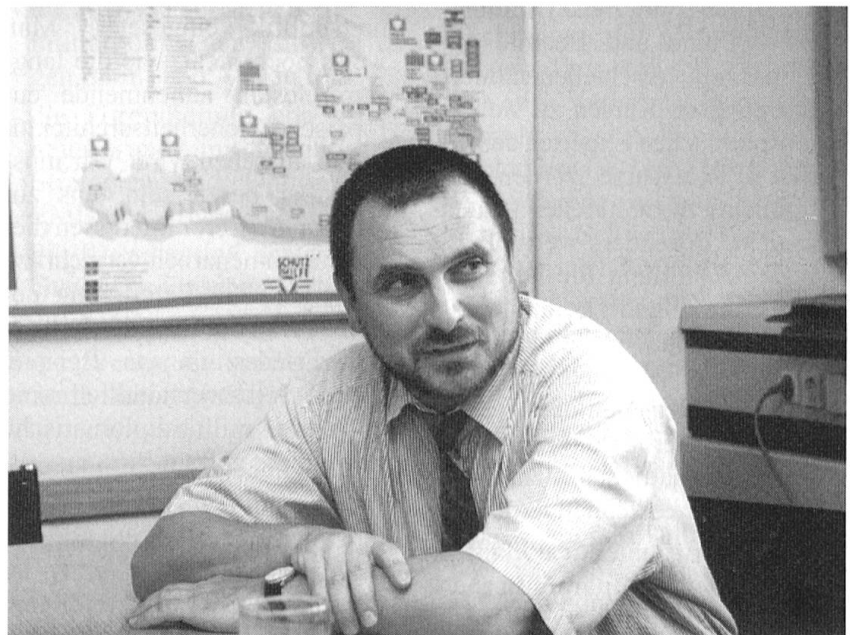
Als Folge des Zusammenbruches der kommunistischen Machtapparate im Osten entstanden neue Staaten. Österreich hat im Osten und Südosten nicht weniger als drei neue Nachbarn: Tschechien, Slowakei und Slowenien. Die ehemalige Sowjetunion zerfiel in 15 Staaten, eine neue geopoliti-

sche Komponente - die Multipolarität - löste das alte System der bipolaren Konfrontation zwischen den «Supermächten» USA und UdSSR ab.

Durch die Verselbständigung der mittel- und südosteuropäischen Länder sowie durch den Zerfall der Sowjetunion sind durch die neue geopolitische Lage instabile Konstellationen mit zahlreichen neuen Risiken entstanden (Tabelle 1). Diese Risiken sind multidimensional, kommen aus verschiedenen Richtungen, sind schwer vorherzusehen und einzuschätzen.

«Schlachtfelder» der Gegenwart

In unserer Zeit sind die «Schlachtfelder» der gewaltsamen Konflikte vom tradierten Bild des Krieges - bei dem feindliche Nationalarmeen aufeinander losmarschieren - weit entfernt. Die modernen Schlachtfelder können überall sein. Zunehmend verwischen sich auch die Unterschiede zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten. Blutige Auseinandersetzungen werden von paramilitärischen Truppen, Guerillagruppen und Wachkommandos ebenso geführt wie von



Egbert Apfelknab

OR Dr. phil. Egbert Apfelknab, Jahrgang 1955, absolvierte ab 1973 das Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie der Philosophie und promovierte 1982 zum Dr. phil.; seine Dissertation «Waffenrock und Schnürschuh - Die Montursbeschaffung der österreichischen Armee im 18. und 19. Jahrhundert» erschien 1984 in der Reihe «Militärgeschichtliche Dissertationen österreichischer Universitäten» im Österreichischen Bundesverlag; 1983/1984 o. Präsenzdienst; 1985 bis 1986 Bundesministerium für Landesverteidigung/Büro des Bundesministers; 1986 bis 1991 BMLV/Sektion I, Abt. Wissenschaftliche Hilfsdienste; seit 1991 Referatsleiter im Kabinett des Bundesministers/Büro für Wehrpolitik; Mitglied des Arbeitskreises «Langfristige Entwicklungsforschung (Zukunftsforschung)» der Österreichisch Statistischen Gesellschaft.



NATO-Partnerschaft für den Frieden - Teil des sicherheitspolitischen Netzwerkes.

Fotos: BMLV (HBF - Heeresbild- und Filmstelle Wien)

regulären Soldaten in Uniform.

Wie genügend Beispiele zeigen, sind Zivilisten heute oft keine zufälligen Opfer mehr, sondern explizites Ziel von Gewalt, Ausübung von Druck oder ethnischer Säuberung. Starben in den fünfziger Jahren zirka 50 Prozent Zivilisten in Kriegen, so stieg die Zahl der zivilen Opfer auf nahezu 90 Prozent im Jahre 1990.

Konfliktursachen

Mit dem Ende des Kalten Krieges kam es weltweit auch zur Beendigung des Streits um Einflusszonen zwischen den USA und der UdSSR. Als Folge davon fehlt in vielen Spannungszonen die «ordnende Kraft» der ehemaligen Supermächte. Staaten wie Jugoslawien, Ruanda, Zaire, Somalia etc. implodierten. Experten konstatieren bei solchen Staaten mindestens eine der folgenden Eigen-

Globale und regionale Risiken

- Terrorismus
- organisierte Kriminalität
- illegaler Waffenhandel
- extreme «Verwundbarkeit» moderner (Informations-)Gesellschaften (Strom, Wasser, Transportwesen etc.)
- Geldwäsche/-fälschung (und damit «Einkauf» in legale Wirtschaftsbereiche
- Drogenkriminalität
- Migration
- importierte Bürgerkriege
- militanter politischer und religiöser Fundamentalismus
- Störungen in der Nahrungsmittelgewinnung und -versorgung
- extreme Unterschiede im Lebensstandard zwischen Industrie- und Entwicklungsländern
- hohe Instabilität der internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen (Gefahr von «Handelskriegen»)
- illegale Verbreitung von spaltbarem Material und Kernwaffentechnologie
- Anfälligkeit der Industriestaaten durch gezielte Verknappung der Ressourcen von «strategischen Rohstoffen» oder Zerstörung der Infrastruktur

Tabelle 1

schaften: Erschöpfung der Wirtschaft; Unfähigkeit des Staates, seine Bürger nur annähernd zu versorgen; Auflösung der vorhandenen Sozialstrukturen; Unfähigkeit der politischen Führung, wachsende Spannungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen, Regionen und Klassen auszugleichen oder das Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander zur Aufrechterhaltung der Herrschaft.

Der Harvard-Professor Samuel Huntington vertritt in diesem Zusammenhang die These vom möglichen «Kampf der Kulturen» (Kulturkreise).

Viele ethnische Spannungen sind Teil des Erbes der Kolonialzeit, wo oft willkürlich internationale Grenzen zwischen Menschen einer Kultur, eines Sprachraumes oder einer ethnischen Gruppe gezogen wurden. Damit wurden sie anderen Gruppen mit einem unterschiedlichen kulturellen Hintergrund und einer anderen Herkunft zugeordnet, ungeachtet der Frage, ob sie zuvor in Frieden oder Feindschaft gelebt hatten.

Bevölkerungswachstum und Migration

Die Menschheit von derzeit 5,8 Milliarden wächst jährlich um 80 bis 90 Millionen. Man rechnet, dass das Wachstum in fünfzig Jahren bei etwa 10 Milliarden

Menschen zum Stillstand kommen wird. Der Grossteil der Weltbevölkerung lebt in China und im südasiatischen Raum (rund 60 Prozent). Das durchschnittliche Wachstum liegt bei rund 1,7 Prozent pro Jahr (Europa 0,22 Prozent; Afrika 3,0 Prozent). Die hohe Wachstumsrate Afrikas beispielsweise bewirkt, dass dieser Kontinent, der 1985 etwa gleichviel Einwohner wie Europa hatte, im Jahr 2025 dreimal soviel Bewohner haben wird als Europa (1,6 Milliarden Afrikaner gegenüber 512 Millionen Europäern). Dieses rasante Bevölkerungswachstum, vor allem in Afrika und Asien, bewirkt mannigfache Problemketten (Tabelle 2).

Konfliktfolgen durch Migration

Als Triebfeder von Wanderungsbewegungen gelten grosse Differenzen im ökonomischen Gefüge, politisch instabile Verhältnisse beziehungsweise politisch motivierte Pressionen sowie das global gespannte Netzwerk im Bereich der Telekommunikation. Der Drang zur besseren Infrastruktur endet oft im Kampf um Arbeitsplätze (Konkurrenz zwischen «einheimischer» und «zugewandeter» Bevölkerung), was nicht selten zu einem «sorting out» der einheimischen Bevölkerung führt. Geht der Weg in den vermeintlichen «Goldenen Westen», entsteht das Problem,

welcher Zuwanderer als «ethnisch nahe» akzeptiert wird. Oft kommt es zur Abwehrhaltung der angestammten Bevölkerung, oft werden Bürgerkriege aus dem Ursprungsland importiert (zum Beispiel die «Kurdenkrawalle» in Deutschland).

Bassam Tibi, ein in Damaskus geborener Muslim, Politologe in Göttingen, meint: « ... Zuwanderung unter Missbrauch des Asylrechts ohne Chance auf Integration führt jedoch zu sozialen Konflikten. Die Zuwanderung muss an den Arbeitsmarkt des Landes angepasst werden. Dies zu fordern hat nichts mit Rassismus zu tun. ... Die Integrationsfähigkeit von Zuwanderern in Wirtschaft und Gesellschaft hat ihre Grenzen, die zugleich den Umfang der Zuwanderung bestimmen muss ...», um nicht die Integration bereits längere Zeit in westlichen Ländern lebender Ausländer zu gefährden.

Herausforderung für Westeuropa

Der Süd-Nord-Migrationsdruck, vor allem aus afrikanischen Ländern, aber auch «hausgemachte» Minderheitenprobleme und damit verbunden Autonomiebestrebungen sowie religiöse und soziale Konflikte stellen für westeuropäische Länder derzeit eine grosse Herausforderung dar. Es wird die Zukunft weisen, welche politischen Lösungen zur Beendigung des blutigen baskischen Separatismus, des gewalttätigen Zwierspalt zwischen Katholiken und Protestanten in Nordirland, der Anschläge korsischer Autonomisten etc. gefunden werden.

Österreich wird heute nicht direkt militärisch bedroht. Ein allfälliges Restrisiko besteht jedoch darin, dass bewaffnete Auseinandersetzungen aus benachbarten Regionen auf Österreichs Nachbarstaaten übergreifen könnten. Aufgrund der dargelegten Konfliktpotentiale kann man die Möglich-

Bevölkerungswachstum und seine Folgen

- Massenarbeitslosigkeit bei Jugendlichen
- weitgehendes Fehlen sozialer Sicherungssysteme (Alters- und Krankenversicherung)
- extreme Schichtunterschiede der Lebensbedingungen, soziale Destabilisierung
- Armutsfüchtlinge, Umweltflüchtlinge, Bürgerkriegsflüchtlinge; Asylsuchende
- ethnische und interkulturelle Spannungen und Konflikte
- Konfliktverlagerung nach aussen und Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen
- grenzüberschreitende Umweltprobleme

Tabelle 2

keit künftiger Gefährdungen und Bedrohungen nicht ausschliessen. Es liegt daher also im Entscheidungsbereich der politisch Verantwortlichen, jene Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, die eine funktionierende Friedensordnung in Europa ermöglichen.

In Österreich wird derzeit der Stellenwert der Neutralität und die Möglichkeit beziehungsweise Zweckmässigkeit eines Beitritts zur NATO debattiert. Durch die Mitgliedschaft in der EU hat sich Österreich auch verpflichtet, die Zielsetzung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik (GASP) zu verfolgen. Die Entwicklung einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist, nach subjektiver Beurteilung der aktuellen sicherheitspolitischen Lage, mit grosser Wahrscheinlichkeit nur innerhalb der NATO möglich, da der Aufbau eigener Militärstrukturen, auch aufgrund der sinken-

Risiken und Gefahren aus Schweizer Sicht

Der «Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft», Zürich, stellt die Sicherheitspolitik der Schweiz nach der Jahrtausendwende vor. Die Zusammenstellung besorgte Walter Dürig, Gockhausen.

1. Gefahrenpotential: Terrorismus

Staaten, Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen wenden das

den Militärhaushalte in den EU-Ländern, undenkbar erscheint. Entscheidend für eine stabile (mittel)europäische Friedenszone wird der Grad der kooperativen Zusammenarbeit innerhalb der NATO und in der sicherheitspolitischen Institutionen, wie «verbesserte Partnerschaft für den Frieden» (vPFF) oder «Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat» (EAPR) sein. *Egbert Apfelknab*

Mittel des Terrors zum Erreichen oder Durchsetzen politischer oder verbrecherischer Ziele an. Der Terror kann sich gegen Personen, Personengruppen, Institutionen, Organisationen, Unternehmen, Staaten oder gegen eine Gruppe von Staaten wenden.

Worst Case: Terroristische Erpressung mit (NBC-)Massenvernichtungsmitteln oder Einsatz solcher Mittel.

2. Gefahrenpotential: Lokale Konflikte mit Auswirkungen auf die Schweiz

Lokale gewalttätige Auseinandersetzungen oder Kriege aus politischen oder ethnischen Gründen sowie Konflikte im Kampf um Ressourcen (Land, Wasser, Erdöl, Verkehrswege u.a.m.). Die Auswirkungen können insbesondere wirtschaftlicher oder bevölke-



Zerstörungen in der ehemaligen Olympiastadt Sarajewo.

rungspolitischer Art (Migrationsbewegungen) sein.

Worst Case: Überschwemmung der Schweiz mit Flüchtlingsströmen.

3. Gefahrenpotential:

Natur- oder zivilisatorische Katastrophen

Lokale oder grenzüberschreitende Katastrophen mit der Bedrohung der Existenz kleinerer oder grösserer Bevölkerungsgruppen. Mögliche Ursachen: Unwetter, Lawinen, Erdbeben, Erdbeben, Meteoriteneinschläge, Flugzeug- oder Satellitenabstürze, Verkehrsunfälle grossen Ausmasses, Industrieunfälle, nukleare Unfälle, Epidemien, Seuchen.

Worst Case: Nuklearunfall nach dem Beispiel von Tschernobyl oder grösser.

4. Gefahrenpotential:

Bedrohung von Mitteleuropa mit Massenvernichtungspotentialen

Die Erpressung von Staaten oder Gruppen mit unrechtmässig erworbenen NBC-Waffen durch andere Staaten oder Organisationen beziehungsweise die Anwendung solcher Waffen.

Worst Case: Einsatz von Fernwaffen mit nuklearen Gefechtsköpfen gegen Agglomerationen in Mitteleuropa.

5. Gefahrenpotential:

Zerfall der Eidgenossenschaft

Politische, wirtschaftliche oder ethnische Probleme könnten zum Zerfall der Eidgenossenschaft führen.

Worst Case: Militante Gruppen erzwingen mit illegalen Mitteln die Auflösung des Bundesstaates.

6. Gefahrenpotential:

Informationstechnologischer Konflikt

Versuch zur Erpressung oder Iso-

Das IISS und die Schweiz - eine erfreuliche Symbiose

Das «International Institute for Strategic Studies» wurde 1958 - also in den Anfängen des Kalten Krieges - in Oxford gegründet. Schon damals hatte es zum Zweck, die politischen und militärischen Entwicklungen zu verfolgen und zu analysieren, dies aber nicht nur passiv. Das IISS trug mit Studienarbeit, Publikationen (bekannt sind vor allem die jährlich erscheinende «Military Balance» und die Zeitschrift «Survival»), mit Fachdiskussionen und insbesondere mit seinen jährlichen Konferenzen von jeweils mehreren hundert Teilnehmern dazu bei, dass die sogenannte «Strategic Community» immer auf dem neuesten Stand der (nichtklassifizierten) Erkenntnisse war. Nicht nur Militärs und Wissenschaftler, sondern nachweislich auch die Regierungsapparate und mit der Materie befasste Politiker besitzen so seit 40 Jahren einen verlässlichen Partner für ihre Meinungsbildung und ein weltweites Forum für ihre eigenen Theorien und Ansichten.

Schweizer waren von Anfang an dabei. Zu den «Gründervätern» gehörte Urs Schwarz, Professor am «Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales» in Genf, Verfasser mehrerer Bücher strategischen Inhalts. Im «IISS Council», dem Leitungsgremium des Instituts, wirkten immer wieder Schweizer mit. So, nach Schwarz, die Professoren Jacques Freymond und Daniel Frei. Professor Curt Gasteyer bekleidete während geraumer Zeit auch den wichtigen Posten eines Forschungsdirektors.

lation der Schweiz oder von Teilen Europas durch das Kappen und Stören lebenswichtiger informationstechnologischer Einrichtungen.

Worst Case: Nuklearer elektromagnetischer Impuls (NEMP) durch eine nukleare Explosion in grosser Höhe.

7. Gefahrenpotential:

Krieg in Mitteleuropa

Nach einer Aufrüstungsphase versucht ein Staat oder eine Gruppe von Staaten die machtpolitischen Verhältnisse in Mitteleuropa durch die Anwendung militärischer Gewalt zu verändern.

Worst Case: Neuer Ost-West-Konflikt.

Zahlreiche Schweizer arbeiteten am Instituts-Sitz in London an Einzelstudien oder an sogenannten «Adelphi Papers». Aber auch zwischen dem EMD und dem IISS gab es rege Beziehungen. Nicht nur war dort elementares Grundwissen in klug aufbereiteter Form abzurufen. Seit bald zwölf Jahren ist das IISS an der schweizerischen Ausbildung internationaler Sicherheitsexperten beteiligt. Auch wurden laufend Fachleute des politisch neutralen Instituts zu Expertisen und zur Entwicklung von Szenarien für grosse Übungen herangezogen.

Grund genug dafür, dass die Schweiz seit jeher zu den «Sponsoren» des Instituts gehört. Sie unterstützte den Ausbau des Instituts zu mehreren Malen. 1980 und 1990 fanden auch die IISS-Jahresversammlungen in Villars und in Zürich statt, woraus die gegenseitige Wertschätzung evident wird.

Das Institut wurde natürlich von den Schwankungen des Kalten Krieges nicht verschont. In seiner Tendenz - soweit damals immer möglich - eher auf Ausgleich denn auf Konfrontation bedacht, hatte es manchmal einen schweren Stand gegenüber jenen Geldgebern und Mitgliedern, die bis 1990 vorwiegend aus Nato-Ländern stammten.